

# Der Lernwiderstand der Eliten in einer großen Krise

STEPHAN SCHULMEISTER

Seit den 1970er-Jahren haben die Eliten in den Industrieländern in zunehmendem Maß die neoliberale Weltanschauung übernommen. Als Professoren oder Journalisten analysieren und kommentieren sie die wirtschaftliche Entwicklung auf Basis der neoliberalen „Navigationskarte“, als Politiker formulieren sie Programme und beschließen Gesetze, welche die zentralen Forderungen des Neoliberalismus Schritt für Schritt umsetzen. Gleichzeitig geht das Wirtschaftswachstum von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zurück, Arbeitslosigkeit sowie prekäre Beschäftigung und die Staatsverschuldung steigen immer mehr. Der Misserfolg der neoliberalen Therapien veranlasst die Eliten jedoch nicht, inne zu halten, Bilanz zu ziehen und nach neuen Wegen zu suchen. Stattdessen wird die Dosis der Therapien immer mehr erhöht. In diesem Essay versuche ich, einige Ursachen für diesen „Lernwiderstand“ der Eliten aufzuzeigen.

Zunächst skizziere ich die wesentlichen Komponenten der neoliberalen Weltanschauung und der daraus abgeleiteten „Navigationskarte“ für die Politik. Im zweiten Abschnitt zeichne ich den Prozess der schrittweisen Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Performance unter neoliberal-finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen nach. Im dritten Abschnitt zeige ich, dass die Finanzkrise 2008 die Frucht einer „Spielanordnung“ ist, in der die „Kernenergie“ des Kapitalismus, das Profitstreben, sich zunehmend von Aktivitäten in der Realwirtschaft auf Spekulation in der Finanzwirtschaft verlagert. Die

Vertiefung der Krise in Gestalt der Eurokrise und der Staatsschuldenkrise ist im Wesentlichen eine Folge einer Wirtschaftspolitik, die sich in Europa in ungleich höherem Maß an der neoliberalen Navigationskarte orientiert als in den USA oder in Japan. Abschließend fasse ich wichtige Gründe dafür zusammen, dass die Eliten aus der Krise kaum etwas gelernt haben, sondern ihr Heil lieber in einem „more of the same“ suchten und weiterhin suchen.

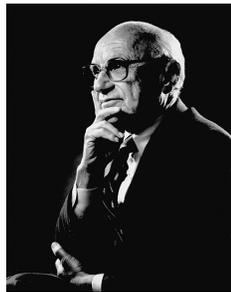
## **Das Weltbild des Neoliberalismus und seine wirtschaftspolitische Umsetzung**

Dieses beruht auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Demnach finden sich selbst überlassene Märkte die beste Lösung der ökonomischen Grundfragen, was wie für wen produziert werden soll. Eingriffe von Staat und Politik stören die zu einem allgemeinen Gleichgewicht strebenden Marktprozesse (abgesehen von der Bereitstellung „reiner“ öffentlicher Güter und der Berücksichtigung externer Effekte, wenn etwa Aktivitäten Kosten verursachen, für welche der Verursachern nicht bezahlen muss wie im Fall der Umweltverschlechterung). Regulierungen der Finanzmärkte, die Systeme der sozialen Sicherheit (insbesondere das Arbeitslosengeld) und öffentliche Unternehmen verzerren die Preisbildung, setzen so falsche Anreize und verhindern die – effizienteren – Aktivitäten privater Akteure. Diese werden also durch einen wirtschaftspolitisch aktiven Staat „hinausgedrängt“ („crowding out“).

Ziel der Wirtschaftspolitik muss daher eine Rückführung der Aktivitäten des Staates auf seine Kernaufgaben sein, der Rückgang der Staatsquote würde die Marktkräfte „entfesseln“ und so Effizienz und Dynamik der Gesamtwirtschaft steigern.

Die wichtigsten Beiträge zur politischen „Operationalisierung“ des neoliberalen Programms wurden von der „Schule von Chicago“ geleistet, und zwar bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren, als die neoliberalen Ökonomen noch Außenseiter waren. In drei Problemfeldern haben sie die wirtschaftspolitische Navigationskarte der letzten 40 Jahre entscheidend geprägt: Erstens im Hinblick auf die Deregulierung der Finanzmärkte, zweitens im Hinblick auf die Aufgabe einer aktiven Beschäftigungs- und damit Konjunkturpolitik und drittens im Hinblick auf die generelle Einschränkung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums durch Regelbindungen.

**Einflussreicher Proponent der Finanzmarkt-Spekulation und Verteidiger einer „natürlichen Arbeitslosenrate“ – der US-Ökonom und Nobelpreisträger (1976) Milton Friedman (1921-2006)**



Die für die 1950er- und 1960er-Jahre typische Regulierung der Finanzmärkte im Allgemeinen und des Systems fester Wechselkurse im Besonderen attackierte Friedman 1953 mit der Behauptung, Finanzspekulation sei nützlich und nicht schädlich.<sup>1</sup> Dabei unterstellt er einfach, was zu belegen wäre, dass nämlich rationale Spekulanten auf den Finanzmärkten dominieren. Diese „Argumentation“ bildet das Fundament des Theorems von der Finanzmarkteffizienz<sup>2</sup>, die Legitimationsgrundlage für die Entfesselung der Finanzmärkte seit den 1970er-Jahren

und für die Flut an Finanzinnovationen in Gestalt der Derivate seit den 1980er-Jahren.

Ihre Angriffe auf die Regulierung der Finanzmärkte konzentrierten die neoliberalen „master minds“ in den 1960er-Jahren auf das System von Bretton Woods. Sie konnten dabei den fundamentalen Konstruktionsfehler dieses Systems fester Wechselkurse zu ihren Gunsten nutzen: die Doppelrolle des Dollars als nationale Währung der USA und als Weltwährung. Diese musste nämlich das System selbst langfristig unterminieren: Einerseits nützten die USA ihre Rolle als Leitwährungsland („world banker“) aus, etwa zu Finanzierung des Vietnam-Kriegs, und beschädigten so das Vertrauen in den Dollar als Leitwährung, andererseits verschlechterte sich die relative Position der US-Wirtschaft, weil der Dollar angesichts des Aufholprozesses der anderen Industrieländer hätte abwerten müssen, was aber durch das Währungssystem ausgeschlossen war.

Es ist daher kein Zufall, dass Präsident Nixon das ganze System kollabieren ließ, nachdem die US-Wirtschaft (und nur diese) 1970 in eine Rezession geschlittert war. Mit den beiden drastischen Dollarentwertungen 1971/73 und 1976/78, den beiden nachfolgenden „Ölpreisschocks“ samt Rezessionen und der 1980 einsetzenden Hochzinspolitik wurde der Übergang von real- zu finanzkapitalistischen „Spielbedingungen“ vollzogen.

Der Weg in die gegenwärtige Krise begann also schon Anfang der 1970er-Jahre. Er wurde durch die Aufgabe des Ziels der Vollbeschäftigung geebnet, deren wichtigste wissenschaftliche Legitimation Friedman mit dem Konzept einer „natürlichen Arbeitslosenrate“ beisteuerte.<sup>3</sup> Kurzfristig könne eine expansive Wirtschaftspolitik zwar die Arbeitslosigkeit um den Preis einer höheren Inflation senken, langfristig sei das aber unmöglich, eine Vollbeschäftigungspolitik also sinnlos.

Das Postulat einer „natürlichen“ Arbeitslosigkeit hat zwei Implikationen, welche dem neoliberalen Erkenntnisinteresse entsprechen. Erstens, eine makroökonomische Vollbeschäftigungspolitik ist sinnlos. Zweitens, eine nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit kann nur durch Lohnkürzungen sowie durch „Strukturreformen“ am Arbeitsmarkt erreicht werden wie etwa die Senkung des Arbeitslosengeldes (der „Anreize zu Arbeitslosigkeit“) oder Deregulierungen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes.

Die dritte, von der „Chicago gang“ entwickelte Komponente der neoliberalen Navigationskarte besteht in der Bindung der Geld- und Fiskalpolitik an bestimmte Regeln, das Komplement zur Deregulierung der Märkte. In den USA hat die Notenbank in den 1980er-Jahren während der Präsidentschaft Reagans versucht, sich an monetaristischen Geldmengenregeln zu orientieren. Nicht zuletzt wegen der Unmöglichkeit, die Geldmenge in Zeiten gewaltiger Finanzinnovationen sinnvoll zu definieren, ist dieser Versuch gescheitert. Ende der 1980er-Jahre hat die US-Politik Regelbindungen verworfen und verfolgt seither in der Geld- und Fiskalpolitik einen primitiv-keynesianischen Kurs.

Genau zu diesem Zeitpunkt übernahm die Politik in der EU im Zuge der Vorbereitung auf die Währungsunion das Konzept der Regelbindung, in der Fiskalpolitik in Gestalt der Maastricht-Kriterien, ausgebaut zum Stabilitäts- und Wachstumspakt und jüngst in Form des Fiskalpakts verschärft, in der Geldpolitik in Gestalt des Statuts der Europäischen Zentralbank (EZB).

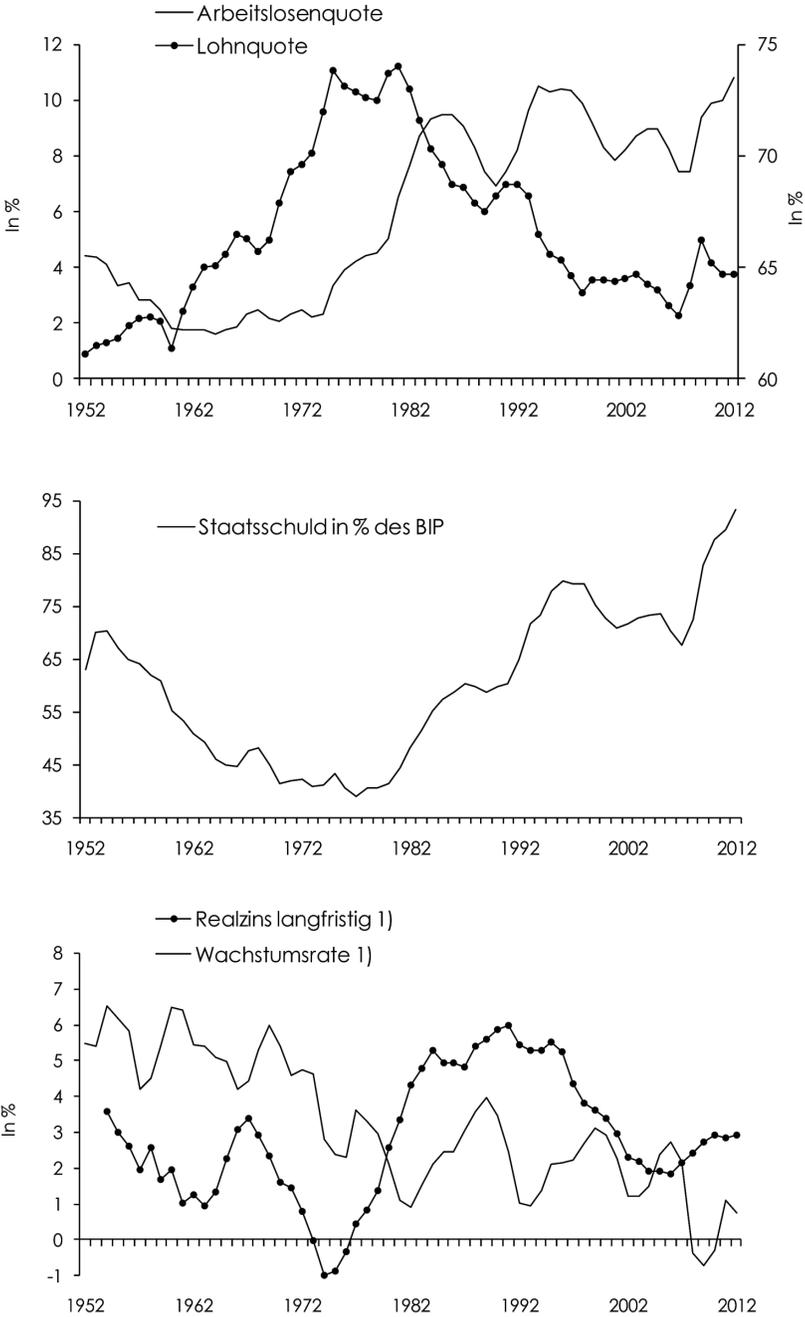
Auf Basis der neoliberalen Navigationskarte wurden die Rahmenbedingungen des ökonomischen Systems in Etappen grundlegend verändert. In den 1950er und 1960er-Jahren hatten regulierte Finanzmärkte eine aktive Wirtschaftspolitik und der Ausbau

des Sozialstaats das Gewinnstreben auf die Realwirtschaft konzentriert, dies ermöglichte anhaltende Vollbeschäftigung und (damit) eine Grundstimmung von Sicherheit und Zuversicht. Mit dem Übergang zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen begann der lange Weg in die gegenwärtige Krise.

In polit-ökonomischer Hinsicht ist festzuhalten: Die neoliberale Ideologie legitimiert und begünstigt nicht die Interessen des Realkapitals und damit der Unternehmer an Profiterzielung in der Realwirtschaft – diese wird durch instabile Wechselkurse, Rohstoffpreise, Zinssätze und Aktienkurse ja massiv erschwert (zusätzlich auch durch unzureichende Erfüllung der öffentlichen Aufgaben wie Verbesserungen in der Infrastruktur, dem Bildungswesen oder den Systemen der sozialen Sicherheit). Vielmehr legitimiert die neoliberale Ideologie die spezifischen Interessen des Finanzkapitals an selbstreferenzieller Geldvermehrung („Lassen wir unser Geld arbeiten“). Mit ihren Lösungen gegen Sozialstaat, Gewerkschaften und Linke haben die neoliberalen „master minds“ wie Friedman und Hayek bei Unternehmern und ihren Vertretern den Eindruck erweckt, der Neoliberalismus sei eine Ideologie in ihrem Interesse. Dies gelang erst in den Jahren um 1970, weil sich die Unternehmer damals zunehmend in die Defensive gedrängt sahen.

In einem bisher etwa 40 Jahre dauernden Prozess haben die Unternehmen ihr Profitstreben und (daher) ihre Aktivitäten von der Real- zur Finanzwirtschaft verlagert. Dies musste die ökonomische und soziale Performance des Gesamtsystems in Etappen immer mehr verschlechtern, die große Krise seit 2008 markiert die Endphase der Selbsterstörung der finanzkapitalistischen Spielanordnung.

Abbildung 1: Entwicklungstendenzen in Westeuropa



1) Gleitender 3-Jahresdurchschnitt. – Quelle: OECD, Eurostat, WIFO.

## Die ökonomische und soziale Entwicklung unter neoliberal-finanzkapitalistischen Bedingungen

Um zu zeigen, dass man den Prozess der Krisenvertiefung schon vor fast 20 Jahren klar erkennen konnte, wenn man nur das neoliberale Programm ernst nahm, möchte ich aus einem von mir 1996 erschienenen Artikel zitieren (es sind lediglich mit [...] gekennzeichnete Verweise zu den Abbildungen im vorliegenden Artikel eingefügt):

„Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und gefördert durch den ‚Kalten Krieg‘ wurde nach 1945 das Modell der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ entwickelt, das gemeinsam mit dem Weltwährungssystem von Bretton Woods und den GATT-Runden zur Liberalisierung des Welthandels ein anhaltend hohes Wachstum ermöglichte. Die wichtigsten Komponenten dieses ‚Prosperitätsmodells‘ waren:

- Eine neue ökonomische Theorie, der Keynesianismus.
- Eine darauf aufbauende Wirtschaftspolitik, welche sich insbesondere am Ziel der Vollbeschäftigung orientierte.
- Ein Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit.
- Eine enge Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.
- Stabile, unter der Wachstumsrate liegende Zinssätze.
- Stabile Wechselkurse, insbesondere des Dollar als ‚Ankerwährung‘.
- Stabile Preise der in Dollar notierenden Rohstoffe.

Dieses Modell war so erfolgreich, daß in Europa schon Anfang der sechziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte [Abbildung 1]; in dieser für sie günstigen Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen: eine Umverteilung zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche Mit-



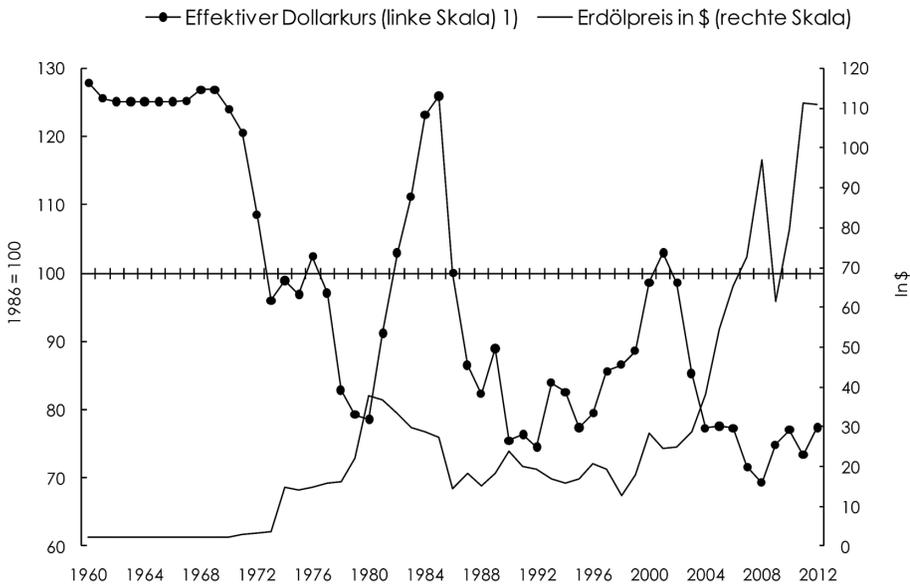
New York, Aufnahme des historischen Bankenviertels um ca. 1920

bestimmung. Beides wurde, auch durch Streiks, teilweise durchgesetzt. Die nachfolgende Studenten- und Ökologiebewegung drängte die Unternehmerschaft weiter in die Defensive.

In dieser Situation nahm die Bereitschaft von Ökonomen und Unternehmern zu, jene Theorie zu propagieren, die wissenschaftlich die angebliche ‚Schädlichkeit‘ des Wohlfahrtsstaats untermauerte: Das Weltbild des Liberalismus, im neuen Gewand des Monetarismus, gewann wieder an Einfluss. Der Übergang des wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Mainstream vom Keynesianismus zum Neoliberalismus markiert die *erste* Etappe in der Entwicklung der gegenwärtigen Krise.

Die *zweite* Etappe bestand in der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971/73), entsprechend der neoliberalen Doktrin wurde die Kursbildung dem Devisenmarkt überlassen. Die rasch einsetzende Spekulation verursachte enorme Kurschwankungen. Die zwei ausgeprägten Entwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 waren wiederum der wichtigste Grund für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit [Abbildungen 1 und 2].

Abbildung 2: Dollarkurs und Erdölpreis



Quelle: OECD, IMF, Oxford Econometrics. 1) Gegenüber DM, Franc, Pfund, Yen.

Der Übergang zu einer monetaristisch motivierten Hochzinspolitik (1979/81) markiert die *dritte* Etappe: Steigende Dollarzinsen zogen eine enorme Dollaraufwertung nach sich, wodurch auch die Dollarschulden der Entwicklungsländer aufgewertet wurden, die internationale Schuldenkrise (1982) dämpfte das Welthandelswachstum, Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit in den Industrieländern nahmen auch deshalb weiter zu [Abbildungen 1 und 2].

Die *vierte* Etappe besteht im Anwachsen des Problems Staatsverschuldung: Als Folge der Hochzinspolitik der Notenbanken liegt der Zinssatz seit Ende der siebziger Jahre permanent über der Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen hatte [Abbildung 1]. Unter diesen Umständen haben die Unternehmen verständlicherweise ihr Finanzierungsdefizit gesenkt, um zu verhindern, dass ihre Schulden rascher wachsen als ihre Umsätze. Sie haben also ihre Investitionen von Real- zu Finanzanlagen ver-

lagert – nicht zuletzt auch deshalb, weil letztere relativ profitabler geworden waren. Dies dämpfte Produktion und Beschäftigung, die Zahlungen an Arbeitslose stiegen, die Steuereinnahmen blieben hinter den Erwartungen zurück, die Budgetdefizite nahmen zu und damit auch die Staatsverschuldung [Abbildung 1]. Bis Anfang der neunziger Jahre haben die meisten Regierungen diese Entwicklung hingenommen. Dadurch wurde das Tempo der Krisenausweitung gemildert.

Die *fünfte* Etappe wurde durch die Hochzinspolitik der deutschen Bundesbank geprägt (1989/93): Sie war nicht nur der wichtigste Grund für das Ausmaß der Rezession 1993, sondern auch für den Zusammenbruch fester Wechselkurse in Europa. Denn wichtige Länder wie Großbritannien, Spanien und Italien konnten den von der Bundesbank vorgegebenen Zinsanstieg wegen der sich verschlechternden Konjunktur und einer weiteren starken Abwertung

des Dollar nicht aushalten – die US-Notenbank senkte in dieser Periode die Dollarzinsen auf das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit.

Die *sechste* Etappe: Die Destabilisierung der europäischen Wechselkurse spaltete die EU in einen Hartwährungsblock und die Weichwährungsländer und verschärfte so die Konkurrenz der einzelnen Länder gegeneinander im Kampf um immer knappere Arbeitsplätze, der durch Abwertungen, aber auch durch Senkung von Löhnen oder Sozialleistungen getragen wurde. Produktion und Beschäftigung in der gesamten EU wurden durch das Zusammenwirken dieser nicht-kooperativen Einzelstrategien weiter gedämpft.

Die *siebente* Etappe bestand in der durch den Maastricht-Vertrag gleichgeschalteten Sparpolitik der EU-Regierungen, also dem Versuch, Budgetdefizit und Staatsverschuldung zu reduzieren – und dies in einer Situation, in der die Wachstumsraten nach wie vor deutlich niedriger waren als die Zinssätze. Da die Unternehmer unter dieser Finanzierungsschranke nicht bereit sind, ihr Defizit auszuweiten, kann der Staat sein Defizit nur dann wachstumsschonend senken, wenn er gleichzeitig die Überschüsse der privaten Haushalte reduziert. Das heißt, daß der Staat die Einkommen der Besserverdienenden zu seinen Gunsten umverteilt, denn nur solche Haushalte sparen bei Einkommenseinbußen eher weniger als daß sie auf Konsum verzichten. Eine derartige Konsolidierungsstrategie hat 1994 die amerikanische Regierung mit großem Erfolg gewählt.

Aber wegen des Spardogmas versuchten die EU-Regierungen, ihre Budgets primär ausgabenseitig zu konsolidieren, insbesondere durch Kürzung von Sozialausgaben. Da diese überwiegend einkommenschwächeren Schichten zufließen, wurden so der Konsum und damit die Umsätze der Unternehmen gesenkt: das Wachstum von Produktion, Investition

und Beschäftigung ging zurück, das Budgetdefizit fiel Jahr für Jahr höher aus als buchhalterisch geplant.

Die Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Maastricht-Einigung (1991) ist bedrückend: Hohe Zinsen, destabilisierte Wechselkurse und eine einseitige Sparpolitik haben die Zahl der Arbeitslosen in der EU von 13 auf 18 Millionen sowie die Staatsschuldenquote von 61 % auf 79 % erhöht, stärker als in jeder vorangegangenen Fünfjahresperiode der Nachkriegszeit.

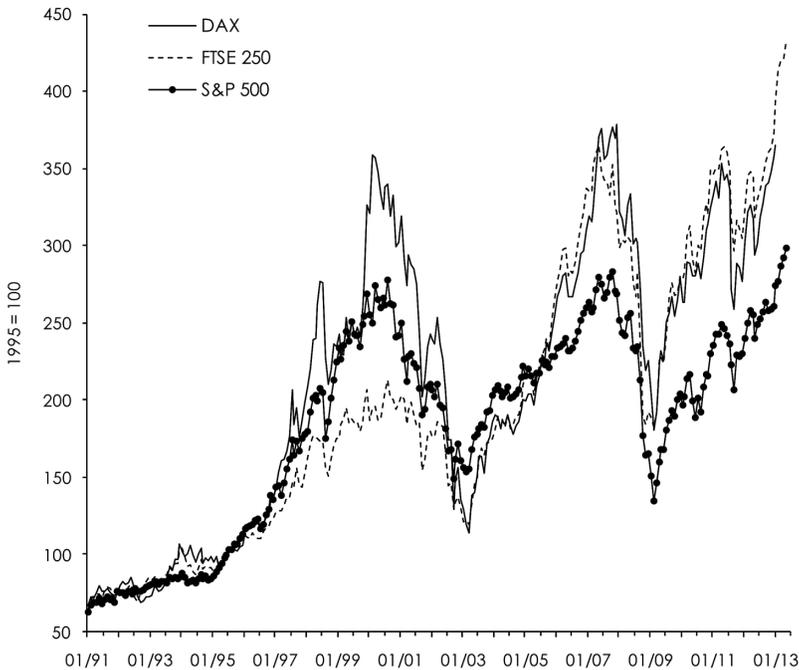
In der (kommenden) *achten* Etappe werden manche Regierungen die Symptomkur intensivieren und insbesondere die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose massiv kürzen. Da Arbeitslosengelder zur Gänze in den Konsum fließen, wird sich die Wirtschafts- und Budgetlage dadurch weiter verschlechtern.

In der (wahrscheinlich kommenden) *neunten* Etappe wird versucht werden, die Nominallöhne zu senken. Gefördert wird diese Tendenz durch Standortverlagerungen im Zuge der Globalisierung oder zumindest durch entsprechende Androhungen sowie durch das neo-liberale Dogma, daß letztlich nur so die Arbeitslosigkeit verringert werden kann.

In diesem Fall könnte es auch zu einer Deflation kommen, sodaß selbst bei gutem Willen der Notenbanken der Zinssatz nicht mehr unter die Wachstumsrate gedrückt werden kann.

Im Zuge dieses Prozesses werden sich die Konflikte zwischen der Unternehmerschaft und den Arbeitnehmern oder den Gewerkschaften weiter verschärfen. Da beide Gruppen durch den Wirtschaftskreislauf aufeinander angewiesen sind – in dem Maß, in dem die Unternehmer Lohnkürzungen und Sozialabbau durchsetzen, verkleinern sie ihren Absatzmarkt –, wird das Wirtschaftswachstum dadurch weiter gedämpft.

Abbildung 3: Boom und Verfall der Aktienkurse 1991-2013



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>).

Hauptgewinner dieser Entwicklung werden nicht die Unternehmer, sondern die Rentiers, also die Besitzer großer Finanzvermögen werden. Bis die Unternehmer begriffen haben, daß die Rentiers zwar nützliche Verbündete im politischen Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialstaat sind, gleichzeitig aber die genuin unternehmerischen Tätigkeiten wie Investition und Außenhandel durch hohe Zinssätze und schwankende Wechselkurse beeinträchtigen, werden einige Krisenjahre vergehen.

In den internationalen Beziehungen werden nicht-kooperative Strategien im Kampf der Triade Vereinigte Staaten, Europäische Union und Japan um die weltwirtschaftliche „leadership“ weiter zunehmen, verstärkt durch den Druck der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa und der Deklassierung der Mittelschicht in den USA. Eine ähnliche Entwicklung

könnte sich innerhalb der EU dann ergeben, wenn das Projekt einer Einheitswährung verschoben wird oder gar scheitert.

In der *zehnten* Etappe werden die neoliberalen Experimente so gründlich gescheitert sein, daß ihre Theoretiker in eine Sinnkrise und ihre Praktiker in eine politische Krise stürzen. Erst dann wird eine neue Wirtschaftstheorie und eine darauf basierende wirtschaftspolitische Gesamtstrategie entwickelt werden können. Gemeinsam mit einer wieder engeren Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften werden sie das Fundament für den Beginn eines neuen Wachstumszyklus bilden.<sup>44</sup>

Die wesentlichen Komponenten dieser Prognose aus dem Jahr 1996 sind in der Folge realisiert worden: Arbeitslosengelder und Sozialleistungen wurden gekürzt, Löhne wurden gesenkt, insbesondere

mit dem Argument, man müsse in Zeiten der Globalisierung die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, dennoch (oder vielmehr auch deshalb) stiegen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung weiter an, die Konflikte zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften verschärften sich, Hauptgewinner wurden die Besitzer großer Finanzvermögen und deren „Vermehrer“ im Finanzsektor („Finanzalchemisten“).

In einem wesentlichen Punkt habe ich mich geirrt: Ich meinte, es würde nur einige Krisenjahre brauchen, „bis die Unternehmer begriffen haben, dass die Rentiers zwar nützliche Verbündete im politischen Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialstaat sind, gleichzeitig aber die genuin unternehmerischen Tätigkeiten wie Investition und Außenhandel durch hohe Zinssätze und schwankende Wechselkurse beeinträchtigen [...]“. Tatsächlich haben sie es noch immer nicht begriffen und (auch deshalb) sind seit der Prognose nicht „einige“, sondern schon 17 Krisenjahre vergangen – und es werden noch viele werden.



Wallstreet – Aufnahme der New York Stock Exchange aus den 1920er-Jahren

Mein Hauptfehler: Ich habe die Lernfähigkeit der Eliten überschätzt, ich dachte, die offensichtlich immer schlechtere Gesamtperformance würde mehr Zweifel an der Spielanordnung erwecken. Tatsächlich ist der Lernwiderstand enorm, wenn eine bestimmte Weltanschauung über einen so langen Zeitraum Wahrnehmung und Handeln der Eliten prägt. Selbst schwere Finanzkrisen konnten die Marktreligiosität nicht erschüttern.

### Die große Krise als Frucht der neoliberal-finanzkapitalistischen Spielanordnung

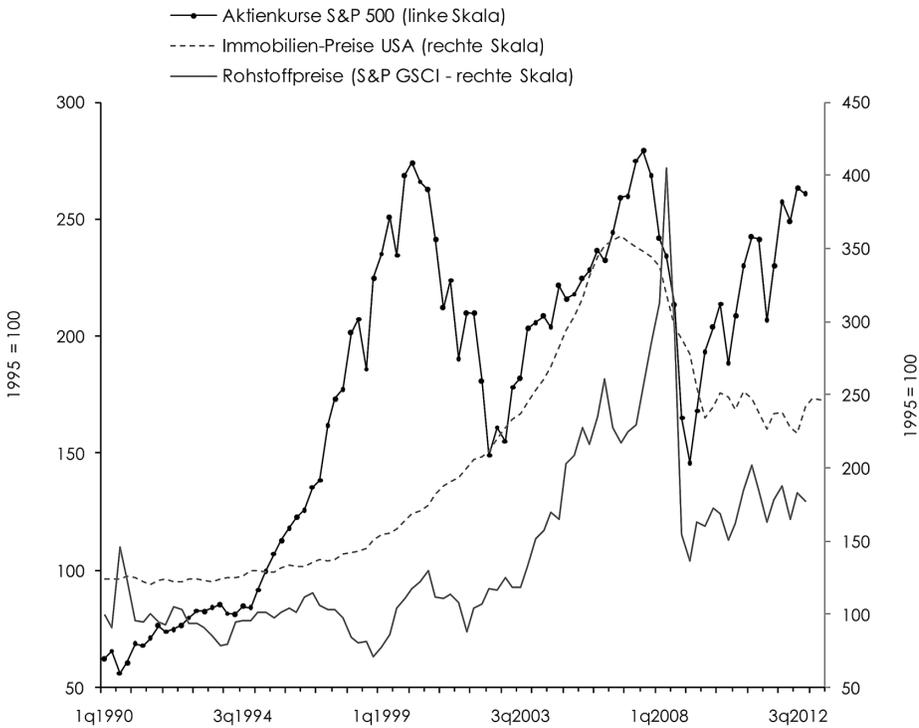
Und lange Zeit schien es, als könne das Geld wirklich arbeiten: So waren auf den Aktienmärkten der 1990er-Jahre Durchschnittsrenditen von etwa 20 Prozent zu holen; immer mehr Unternehmen, Pensionsfonds, Hedge Funds und Private ließen ihr Geld am Aktienmarkt „arbeiten“, die Kurse stiegen dramatisch und bereiteten so ein enormes Absturzpotenzial auf. Dieses wurde mit dem Aktiencrash zwischen 2000 und 2003 aktiviert (Abbildung 3).

Zwischen 2003 und 2007 gelang noch ein Aktienboom, in Europa durch die weitere Verunsicherung über die Systeme der sozialen Sicherheit gefördert (Expansion der Pensionsfonds). In den USA begann der Immobilienboom eine noch größere Rolle zu



Eine Auswirkung der Wirtschaftskrise nach 1929 – Ausspeisung Bedürftiger in New York

Abbildung 4: Verfall von Rohstoffpreisen, Aktienkursen, Immobilienpreisen und die große Krise



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>).  
<http://www.standardandpoors.com/indices/sp-case-shiller-home-price-indices/en/us/?indexId=spusa-cashpidff-p-us---->

spielen, Geld „arbeitete“ nun in Form einer Höherbewertung von Häusern (Abbildung 4). Die „Geldvermehrter“ nutzten dies zur Schaffung neuen Finanzkapitals in Form von Krediten an nahezu Mittellose: die steigenden Häuserpreise würden die Rückzahlung schon übernehmen. Als diese sich im Sommer 2007 verweigerten und fielen, wurden die zu „Wert“papieren gebündelten Hypothekarkredite wertlos.

Daraufhin stürzten sich die „Geldvermehrter“ auf Rohstoffderivate, die Preise von Rohöl, Weizen, Mais, Reis und sonstigen Rohstoffen explodierten geradezu (Abbildung 4). Mit dem Verfall der Rohstoffpreise seit Mitte 2008 wurden drei „Bärenmärkte“ synchro-

nisiert. Die Preise der drei wichtigsten Vermögensarten fielen gleichzeitig: jene von Aktien, Immobilien und Rohstoffen.

Eine wichtige Ursache für die manisch-depressiven Schwankungen spekulativer Preise besteht nämlich in folgendem Verhaltensmuster: In der Frühphase von „Bullenmärkten“ steigen die Profis ein, je länger sie dauern, desto mehr steigt ihre „Absprungbereitschaft“. Aufrechterhalten wird die Höherbewertung von Aktien oder Rohstoffen durch den Zufluss von „frischem Blut“, also dem (verspäteten) Einstieg der Amateure. Versiegt der Zustrom der Amateurgelder, dann kippt der „Bullenmarkt“ in einen „Bärenmarkt“.

Im Sommer 2008 setzte sich der Prozess der Entwertung des Aktien- und Immobilienvermögens fort und wurde zusätzlich durch die Entwertung des Rohstoffvermögens verstärkt. Auf allen drei Märkten beschleunigte Spekulation auf fallende Preise diesen Prozess. Der dreifache Entwertungsprozess bedeutete die „Schubumkehr“ der dreifachen Vermögensaufwertung durch die vorangegangenen Booms von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen, er wurde zum „dynamischen Epizentrum“ der Krise.

Diese Vermögensentwertung macht den systemischen Charakter der Krise deutlich: Die Abfolge von „Bullen- und Bärenmärkten“ ist ein charakteristisches Merkmal der Preisdynamik. Kommt es auf „asset markets“ zu einer Koinzidenz von mehreren „Bärenmärkten“, so sind die realwirtschaftlichen Folgen dramatisch – das letzte Mal in der Wirtschaftsgeschichte waren Aktienkurse, Rohstoffpreise und Immobilienpreise in den Jahren 1929 bis 1933 gleichzeitig gefallen ...

Nach dem Zusammenbruch der Lehmann-Bank im September 2008 beschleunigte sich die Talfahrt von Aktienkursen und Rohstoffpreisen dramatisch. Diese Entwicklung aktivierte in das Langzeitgedächtnis: Man erinnerte sich an den Börsenkrach 1929 und an die Fehler der Politik im Zuge des Wirtschaftseinbruchs, insbesondere an die Folgen der Bankenzusammenbrüche und der Sparpolitik.

Deshalb war die US-Politik bereit, von wichtigen Prinzipien ihrer (neoliberalen) Politik abzuweichen: Der größte US-Versicherungskonzern „American International Group“ (AIG) wurde verstaatlicht, zum größten Teil wenig später auch der größte US-Automobilkonzern (GM). Die US-Notenbank stellte dem Finanzsystem Liquidität in unbeschränkter Höhe zur Verfügung (und zwar auch europäischen Banken). Schließlich wurden in den

USA noch im Herbst 2008 Maßnahmen zur Konjunkturstützung ergriffen.

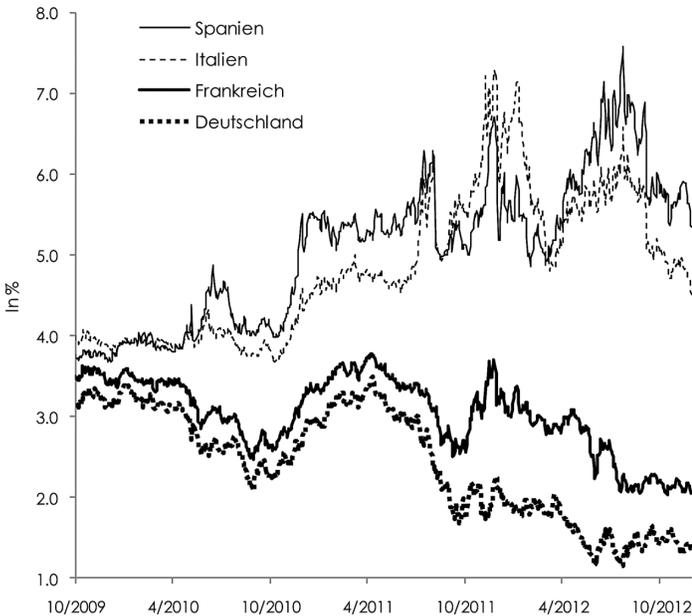
Auch in Europa wurden – wenn auch mit Verzögerung – Bankenrettungs- und Konjunkturpakete beschlossen. Dadurch konnte der dramatische Wirtschaftseinbruch gebremst und schließlich Mitte 2009 gestoppt werden, allerdings um den Preis einer enormen Ausweitung der Haushaltsdefizite. Dazu kam noch die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen als Folge der „automatischen Stabilisatoren“: Der Wirtschaftseinbruch ließ die Ausgaben für Arbeitslose und für Kurzarbeiter in die Höhe schnellen und die Steuereinnahmen sinken. Das Zusammenwirken dieser Entwicklungen verursachte einen massiven Anstieg der Staatsschuldenquote in allen Industrieländern (Abbildung 1).

So wichtig diese Symptomtherapien waren („wenn es brennt, muss man löschen“), so sehr zeigen sie gleichzeitig, dass der systemische Charakter der Krise nicht einmal ansatzweise begriffen wurde.<sup>5</sup> Dies ermöglichte es den „Finanzalchemisten“, die Zunahme der Staatsverschuldung innerhalb des Euroraums zur Entwicklung eines neuen „Spiels“ zu nützen, nämlich die Spekulation gegen Eurostaaten.

### **Spekulation gegen Eurostaaten**

Damit endete die fast zehnjährige Phase weitgehend einheitlicher Zinsen für Staatsanleihen im Euroraum, die Unterschiede nach Ländern nahmen immer mehr zu. Dieser Prozess wurde durch die Wechselwirkung zwischen den Transaktionen mit Staatsanleihen und mit „credit default swaps“ (CDS) verstärkt. Mit diesem Derivat lassen sich Finanzinvestoren die Bedienung von Staatsanleihen von einem Dritten versichern (gegen Bezahlung einer Prämie), sie können damit aber auch auf einen Staatsbankrott spekulieren, indem sie eine solche

Abbildung 5: Zinssätze für zehnjährige Staatsanleihen



Quelle: Reuters.

Versicherung abschließen ohne entsprechende Staatsanleihen zu besitzen („naked CDS“).

Verschlechtert sich die Bonität eines Staates und steigen daher Risikoprämien, Anleihezinsen, und CDS-Prämien, so nimmt der Wert schon bestehender, zu niedrigeren Prämien abgeschlossener CDS-Kontrakte, sprunghaft zu. Wer frühzeitig auf eine Verschlechterung der Bonität eines Staates spekuliert, kann so hohe Gewinne erzielen. Gleichzeitig verstärkt die zusätzliche Nachfrage nach CDS-Kontrakten den Anstieg der Prämien und Zinsen und damit das Bankrott-Risiko. Die Herabstufungen der Bonität eines Staates durch Ratingagenturen sind Teil dieses Prozesses.

Der griechische Staat war das erste Objekt der Zins- und CDS-Spekulation. Denn Korruption, Misswirtschaft, die niedrigen Zinsen seit dem Beitritt zur Währungsunion und die Finanzkrise hatten

das Budget- und Leistungsbilanzdefizit enorm steigen lassen. Auslöser der Spekulationswelle war das Eingeständnis der griechischen Regierung im Herbst 2009, das wahre Ausmaß der Staatsverschuldung verschleiert zu haben. Bis Anfang Mai 2010 stiegen die CDS-Prämien von 150 auf 875 Basispunkte, die Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen von 4,5 auf 12,2 Prozent. Zu so hohen Zinsen kann der Staatshaushalt nicht nachhaltig finanziert werden, also wurde im Mai 2010 der Rettungsschirm EFSF gegründet.

In der Folge erfasste der Prozess steigender CDS-Prämien und Anleihezinsen Irland und Portugal, auch diese beiden Länder mussten unter den Rettungsschirm. Im Sommer verschärfte sich die Lage deshalb dramatisch, weil nunmehr auch die Zinsen spanischer und italienischer Staatsanleihen in langfristig unfinanzierbare Höhen stiegen (Abbildung 5).

Alle vom Zinsanstieg erfassten Länder reagierten darauf mit verstärkten Sparbemühungen, um „die Märkte“ zu beruhigen und so einen Rückgang der Zinsen zu erreichen. Am radikalsten fiel das Sparpaket Griechenlands aus. Dadurch wurde der Schrumpfungsprozess des BIP beschleunigt, die Budgetkonsolidierung blieb daher weit hinter den Zielen zurück und die Zinsen stiegen dramatisch. Auch in Portugal, Spanien und Italien hat die restriktive Fiskalpolitik samt Ankündigung weiterer Sparpakete die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale geführt.

Je stärker die Zinsen in den „Problemländern“ des Euroraums stiegen, desto mehr sanken sie in den von „den Märkten“ als (relativ) stabil eingeschätzten Ländern wie den Niederlanden, in Finnland, Frankreich und insbesondere Deutschland. (Abbildung 5).

Bis zum Herbst 2009 hatte es fast elf Jahre lang keine nennenswerten Differenzen zwischen den Anleihezinsen der Euroländer gegeben. Die dramatische Spreizung der Zinsniveaus hat seither die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Währungsunion vertieft: Jene Länder, die sich nach dem Konjunkturerinbruch 2009 rasch erholten, werden zusätzlich durch niedrige Zinsen begünstigt. In den südeuropäischen Ländern haben hingegen der Zinsanstieg und die dadurch mitverursachte Sparpolitik eine Konjunkturerholung im Keim erstickt.

Die wirtschaftliche Spaltung Europas wurde zusätzlich durch die Folgen der seit Einführung des Euro unterschiedlichen Lohnpolitik vertieft. In Deutschland sowie – in geringerem Ausmaß – auch in den anderen „Nordländern“ waren die Löhne langsamer gestiegen als die Arbeitsproduktivität, in den meisten „Südländern“ aber stärker. Da Abwertungen in einer Währungsunion nicht mehr möglich sind, verbesserte sich dadurch die preisliche Wettbe-

werbsfähigkeit Deutschlands gegenüber allen anderen Euroländern, insbesondere aber gegenüber den „Südländern“ markant.

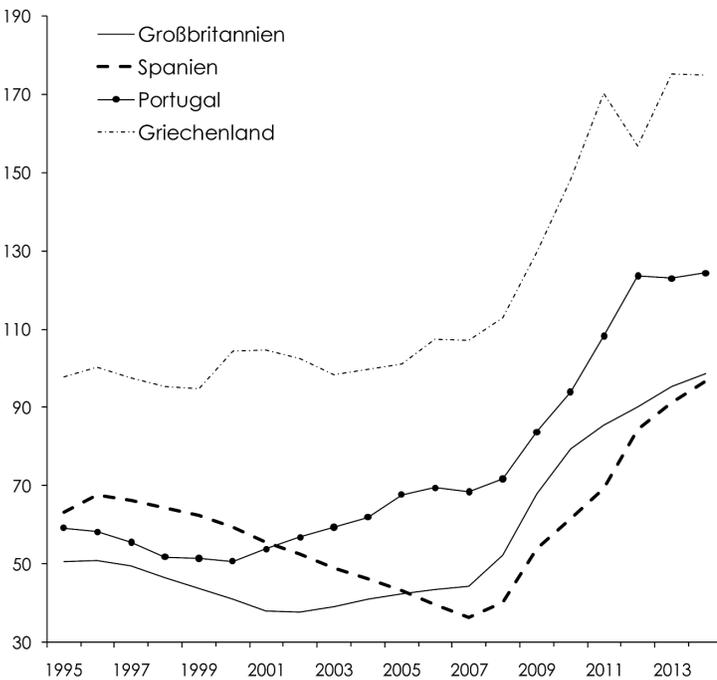
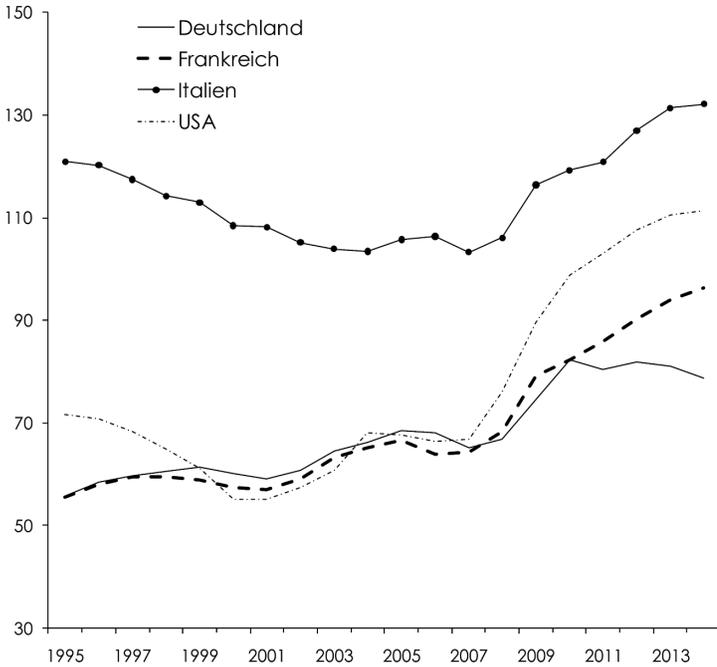
Die Auswirkungen der neoliberalen Politik zur Bekämpfung der Euro- und Staatsschuldenkrise sind verheerend: Die Arbeitslosigkeit stieg in den meisten Ländern auf das höchste Niveau seit der Weltwirtschaftskrise, in manchen Ländern Südeuropas wie Spanien oder Griechenland ist die Arbeitslosigkeit sogar noch höher als in den 1930er-Jahren. Trotz massiver Kürzungen von Sozialleistungen (oder eben wegen dieser) ist die Staatsverschuldung weiter drastisch gestiegen, Armut und soziale Ausgrenzung erreichen in Südeuropa ein erschreckendes Ausmaß.

Wie falsch die neoliberalen Therapien sind, zeigt folgender Befund: zwischen 2007 und 2013 stieg die Staatsschuldenquote genau in jenen Ländern am stärksten, welche nach Ausbruch der Finanzkrise die radikalste Austeritätspolitik praktizierten. Trotz eines Schuldenschnitts nahm die öffentliche Verschuldung in Griechenland um 68 BIP-Prozentpunkte zu, in Portugal um 61, in Spanien um 56 und in Großbritannien um 55 BIP-Prozentpunkte. Im Vergleich dazu nahm die Verschuldung selbst in den USA langsamer zu, obwohl (oder weil) dort kein ausgeprägter Sparkurs verfolgt wurde.

### **Der Lernwiderstand der Eliten**

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte desavouieren die neoliberale Wirtschaftstheorie und die daraus abgeleitete Navigationskarte: die freiesten aller Märkte, die Finanzmärkte, produzieren manisch-depressive Schwankungen der wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze. Dies führte langfristig zu einer Verlagerung des Profitstrebens von der Real- zur Finanzakkumulation, das Wachstum sank von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen. Die

Abbildung 6: Staatsschuldenquoten in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat (AMECO).

Bekämpfung dieser Probleme durch Lohnsenkungen und Sparpolitik vertieften die Krise immer mehr, insbesondere nachdem 2008 die Finanzkrise ausgebrochen war, primär eine Folge exzessiver und destabilisierender Spekulation.

Wegen der verheerenden Folgen der neoliberalen Spielanordnung und der entsprechenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik wäre ein gründliches Lernen aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte wichtiger denn je. Aber genau aus dem gleichen Grund gelingt das nicht. Denn wer müsste in erster Linie lernen? Natürlich die politischen und ökonomischen Eliten. Für sie bedeutet Lernen aber das Eingestehen fundamentaler Fehler im Handeln und im Denken, also in Politik und Wissenschaft. Der intellektuelle wie emotionelle Widerstand dagegen ist zu groß, die kognitive Dissonanz unerträglich.

Für die Politikerinnen und Politiker, insbesondere für die in den letzten Jahren mächtigsten und einflussreichsten von ihnen, ist der Gedanke undenkbar, ihre Entscheidungen hätten wesentlich zum Unglück von Millionen Menschen beigetragen. Dazu kommt, dass die neoliberale Navigationskarte zum „common sense“ der Eliten wurde. Daher haben auch die führenden Sozialdemokraten die wichtigsten Maßnahmen unter dem Titel „Reformen“ mitgetragen oder sogar – wie die deutschen Sozialdemokraten – initiiert. Sie können daher die konservativen Politikerinnen und Politiker, wie insbesondere die Kanzlerin Merkel, nicht glaubhaft kritisieren.

Die Symptomorientiertheit der neoliberalen Weltansicht macht ihre Aussagen in hohem Maß stammatisch- und fernsehtauglich. Diese Eigenschaft macht es den Politikerinnen und Politiker schwer, sich von dieser Weltanschauung zu emanzipieren, also den „Ausgang aus der selbstverschuldeten Marktreligiosität“ zu finden. Die Symptomorientiertheit bietet die Möglichkeit, mit einfachen Botschaften sowohl im

intellektuellen Mainstream „mitzuschwimmen“ als auch die „einfachen Leute“ in ihren Alltagserfahrungen und -regeln zu erreichen: „Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben“ oder „Wer mehr ausgibt als er einnimmt, muss sparen“ (wie die „Schwäbische Hausfrau“) oder „Der Schuldner ist schuld“ oder „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ (weil zu teuer oder wegen der Globalisierung oder wegen der Entmündigung des freien Bürgers durch „soziale Hängematten“).

Diese „Lebensweisheiten“ schaffen Resonanz beim Einzelnen, weil sie die Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten aus individueller Perspektive auf das System als Ganzes übertragen. Genau diese (oft nur impliziten) Analogieschlüsse lassen solche Aussagen so plausibel erscheinen und haben so verheerende Folgen, wenn sich die Praxis der Politik daran orientiert. Denn diese „Lebensweisheiten“ stellen „Trugschlüsse der Verallgemeinerung“ dar:

- Wenn in einer (schwäbischen) Familie der Mann arbeitslos wird und das Einkommen des einzelnen Privathaushalts sinkt, muss gespart werden (für das Gesamtsystem belanglos). Wenn als Folge einer (Finanz)Krise das (Netto-)Einkommen des Staatshaushalts sinkt, wird eine Kürzung der Staatsausgaben die Krise vertiefen. Denn der Analogieschluss vom Privathaushalt auf den Staatshaushalt ist falsch – über den öffentlichen Sektor fließen etwa 50 Prozent der Gesamtproduktion (= Gesamteinkommen), die „Kettenreaktionen“ staatlichen Sparens im Gesamtsystem sind daher von größter Bedeutung (überdies könnte der Staat auch seine Einnahmen erhöhen, ein privater Haushalt hat darüber keine direkte Kontrolle).

- Ein einzelner Haushalt kann nicht dauernd über seine Verhältnisse leben, alle gemeinsam aber schon, weil sie sich durch die Zusatznachfrage gegenseitig immer auch Zusatzeinkommen verschaffen. In den

1950er- und 1960er-Jahren planten die Privathaushalte jedes Jahr, im nächsten Jahr mehr auszugeben – also über ihre bisherigen Verhältnisse zu leben. Diese stetige Expansion der Gesamtnachfrage ist eine notwendige Bedingung für Wirtschaftswachstum.

- In der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit (bis in die 1970er-Jahre) konnten „wir“ (wer ist das?) uns immer mehr Sozialstaat leisten, gleichzeitig ging die Staatsverschuldung stetig zurück. Denn die Ausgaben für Soziales sind – wie alle Kosten – immer auch Einkommen, und stärken so nicht nur die Gesamtnachfrage, sondern überdies auch das Gefühl der Sicherheit und damit das Vertrauen in die Zukunft.

### Zur moralischen Schande auch noch die intellektuelle Blamage

Für die wirtschaftswissenschaftlichen Eliten wäre die kognitive Dissonanz bei Evaluierung ihrer Empfehlungen und Theorien noch größer als für die Politiker, denn zur moralischen Schande käme die intellektuelle Blamage: Die abstrakte Theorie des allgemeinen Gleichgewichts schloss von vornherein genau jene Phänomene aus, welche die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 40 Jahre am stärksten prägten. Dazu wurden einfach entsprechende Annahmen gesetzt: Der Mensch ist ein rein

rationales, nutzenmaximierendes Wesen, es besteht vollkommene Information, also auch vollständiges Wissen der künftigen Entwicklungen, der (Sozial) Staat ist ein Störfaktor in der Wirtschaft, je mehr er sich zurückzieht, desto besser für alle, et cetera. Die auch von Emotionen und ihrer „Bündelung“ zu Marktstimmungen und Herdenverhalten geprägte Dynamik der Finanzmärkte, die konsum- und damit wachstumsdämpfenden Effekte von Sozialabbau und Sparpolitik, all das musste durch die „neoliberale Brille“ unsichtbar bleiben.

Die Blamage für die neoliberalen Ökonomen wird umso größer sein, als sich im Nachhinein zeigt: Mit konkretem Verstand, einer durchschnittlichen Beobachtungsgabe und einem „Gespür“ für die Folgen einer Ausbreitung von Unsicherheit und Angst war erkennbar, dass die neoliberal-finanzkapitalistische Spielanordnung scheitern muss. Nicht zuletzt deshalb haben Nicht-Ökonomen spätestens seit der Finanzkrise 2008 viel klarer als die Mainstream-Ökonomen gesehen oder zumindest gespürt, dass etwas fundamental falsch läuft im Wirtschaftssystem der Industrieländer.

Würden die neoliberalen „master minds“ zu der gleichen Einsicht kommen, so wären 50 Jahre Restaurationsarbeit am alten Modell des „Laissez-faire“ vergeblich gewesen, man müsste mit dem Nach-



Schon oft zu Grabe getragen und stets wieder aktuell – der Verfechter des „deficit spending“ in Krisenzeiten: der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946)

denken wieder dort anknüpfen, wo der Strick der pragmatischen Vernunft abgerissen ist, insbesondere bei den – vielfach nicht (mehr) zu Ende gedachten – Überlegungen des englischen Ökonomen Keynes. Und gerade den hat man doch schon so oft beerdigt ...

Also gilt: „Weil nichts sein kann, was nicht sein darf ...“. Die Alternative zu Lernen ist „more of the same“. Und genau damit hat die Politik – insbesondere in Europa unter deutscher Führung – reagiert und mit ihren Therapien die Krise vertieft.

Die kognitive Dissonanz, welcher die Mainstream-Ökonomen ausgesetzt wären, wenn sie die mit der Einsicht zuließen, dass die neoliberale Navigationskarte über mehrere Jahrzehnte den Weg in die gegenwärtige Krise geebnet hat, ist die wichtigste Ursache für den Lernwiderstand der ökonomischen Eliten. Dieser wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Annahmen und Schlussfolgerungen die Interessen der Vermögenden legitimieren und letztere am Markt für Wirtschaftstheorien ihre erhebliche Kaufkraft entfalten. Sie finanzieren weltweit viele „think tanks“ und weiten diese Investitionen aus, wenn – wie derzeit – die Gefahr droht, dass der Neoliberalismus in Misskredit gerät.

## **Empfehlungen aus dem neoliberalen Luftschloss**

Folgende Annahmen und Schlussfolgerungen machen die neoliberale Weltanschauung für Vermögende besonders attraktiv und daher förderungswürdig:

- Der Egoismus der Einzelnen ist nicht nur nicht schädlich und moralisch verwerflich, sondern ermöglicht – ausgelebt in der Marktkonkurrenz – eine optimale Allokation der (knappen) Ressourcen und damit letztlich die beste aller ökonomischen Welten.

- „Der Markt“ ist die oberste Instanz zur Steuerung ökonomischer Prozesse, seine Lösungen hat der Staat zu akzeptieren, ihre „Korrekturen“ durch die Politik – etwa im Sinne einer „sozialen Gerechtigkeit“ – sind strikt abzulehnen.

- Der Sozialstaat ist daher abzubauen, dadurch kann gleichzeitig die Steuerbelastung der Bürger gesenkt werden, wovon die Vermögenden am meisten profitieren (und bereits profitiert haben). Gleichzeitig brauchen sie den Sozialstaat nicht.

- Die neoliberale Weltanschauung sichert den Vermögenden ein Maximum an wirtschaftlicher Macht: Je mehr Kompetenzen „dem Markt“ zugesprochen werden, desto größeren Einfluss haben die „Geldstimmen“ im Vergleich zu den „Wahlstimmen“. Letztere sind gleich verteilt, erstere aber nicht.

Um die Interessengebundenheit der neoliberalen Weltanschauung zu verbergen, werden ihre Aussagen „erhöht“, einerseits durch quasi-religiöse Konstruktionen wie „der Markt“ als Subjekt und zugleich „höheres Wesen“, das – ähnlich der göttlichen Vorsehung – durch eine „unsichtbare Hand“ alles zum Besten lenkt, und andererseits durch einen extremen Abstraktionsgrad der „Verwissenschaftlichung“ dieser Glaubensvorstellung in Gestalt der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie. Diese wurde in den letzten 20 Jahren weiterentwickelt, in den derzeit in Mode stehenden „dynamic stochastic general equilibrium models“ hat der Abstraktionsgrad bereits groteske Züge angenommen: Es gibt nur einen, ewig lebenden Haushalt („the representative consumer“), ihm gehört die einzige Firma, in der er auch angestellt ist. Er kennt seine sämtlichen, in Zukunft anfallenden Lohn- und Kapitaleinkommen, und optimiert auf Basis dieser Informationen seinen Konsum. Dieser Schwachsinn höherer Ordnung wurde mit vielen Nobelpreisen bedacht, ist Standard der Mainstream-Ökonomen und wird auch von der EU-Kommission verwendet.

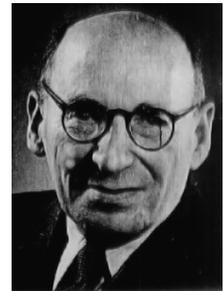
Letzteres verweist auf folgendes Phänomen: Je länger die Mainstream-Ökonomen das Luftschloss der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie bewohnen und je mehr sie ihr Heim entsprechend ihren Erkenntnisinteressen adaptieren, desto mehr verwechseln sie es mit den Hütten am Boden der Realität. Die ist ein wichtiger Grund für die verheerenden Folgen ihrer aus der Welt des Luftschlosses abgeleiteten Empfehlungen.

Die Wechselwirkung zwischen der Bildung ökonomischer Theorien und ihrer Durchsetzung als Weltanschauung/Paradigma/„common sense“ auf der einen Seite und der Veränderungen in der ökonomischen Realität auf der anderen Seite macht das Verhältnis von Erkenntnis und Interesse, von Einsicht und Rechtfertigung besonders prekär. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften verändern ja die Theorien der Wirtschaftswissenschaften ihr Objekt, also die ökonomischen Verhältnisse in der Wirklichkeit (zu Recht sprachen die Klassiker wie Adam Smith von „politischer Ökonomie“). Dies gilt insbesondere für die Verteilung von Einkommen, Vermögen und ökonomischer sowie politischer Macht.

So hat die Theorie von Keynes die wissenschaftliche Legitimation für die soziale Marktwirtschaft, den Ausbau des Sozialstaats, die Vollbeschäftigungspolitik und die Regulierung der Finanzmärkte bereit gestellt, die realkapitalistische Spielanordnung ermöglichte steigende Prosperität bei Vollbeschäftigung. Diese Entwicklung stärkte wiederum die Position der Arbeitnehmer gegenüber den Vermögenden, und innerhalb der Vermögenden jene der „Realkapitalisten“ gegenüber den „Finanzkapitalisten“. Auch gesellschaftspolitisch gerieten die Vermögenden in die Defensive. Dadurch stieg ihre Nachfrage nach Theorien, welche wissenschaftlich belegen, Sozialstaat und Gewerkschaften seien die eigentlichen Grundübel des Wirtschaftslebens.

Vereinfacht ausgedrückt: Die keynesianische Theorie veränderte die wirtschaftliche Realität in den 1950er- und 1960er-Jahren, und diese Änderungen förderten die Entwicklung und Ausbreitung einer neuen/alten Theorie: des Neoliberalismus.

Das Problem der Dominanz bestimmter Weltbilder/Theorien, an denen sich das Kollektiv der Wissenschaftler orientiert, und der damit verbundenen Prozesse der Immunisierung gegen alternative Modelle stellt ein generelles Phänomen im „Produktionsbereich Wissenschaft“ dar – allerdings ist es im Fall der Wirtschaftswissenschaften durch die Wechselwirkung zwischen Theorie und Realität und damit durch das Zusammenspiel von Erkenntnis und Interesse besonders markant ausgeprägt.



Urvater einer kritischen Wissenschaftstheorie – der in Lemberg geborene Wissenschaftssoziologe Ludwik Fleck (1897-1961)

Dass wissenschaftliche Weltbilder das Resultat sozialer Prozesse innerhalb des Wissenschaftlerkollektivs darstellen und nicht auf die Wahrheitsuche heroischer Forscherpersönlichkeiten zurückzuführen sind, hat Ludwik Fleck 1935 in einem großartigen Essay aufgezeigt. Dies bringt schon sein Titel auf ironische Weise zum Ausdruck: „Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache“<sup>6</sup>. Eingebettet in die jeweils dominante Wertordnung, die damit verbundene Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Verteilung politischer und ökonomischer Macht bildet die Kommunikation innerhalb des Wissenschaftlerkollektivs für wichtige Problemfelder – von der Entstehung und

Struktur des Kosmos bis zu Einzelercheinungen wie der Schwerkraft oder Krankheiten – gemeinsame „Anschauungen“ heraus, in ihrer Gesamtheit entwickeln sie sich zu einem in sich geschlossenen „Meinungssystem“, heute würde man vom „common sense of the scientific community“ sprechen.<sup>7</sup>

Hat sich einmal ein bestimmtes Meinungssystem durchgesetzt, so reproduziert es sich selbst über verschiedene Kanäle. Dazu gehört insbesondere folgender „Filter“: Die Übernahme des Weltbilds – oft reproduziert in Form bestimmter, unwesentlicher Modifikationen – wird zu einem Kriterium der wissenschaftlichen Qualifikation. Dies ist sowohl für die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses als auch für die – damit zusammenhängende – Publikationsmöglichkeiten in den wissenschaftlichen Journalen von höchster Relevanz. Schließlich tragen auch die Lehrbücher – die Kodifikation des „gesicherten Wissens“ – zur Vereinheitlichung und Stärkung des Weltbilds bei.

Die folgenden Sätze von Fleck im Abschnitt „Über die Beharrungstendenz der Meinungssysteme und die Harmonie der Täuschungen“ erfassen mit bedrückender Präzision die Unfähigkeit der europäischen Eliten, aus der gegenwärtigen Krise zu lernen. Denn in ihren Köpfen hat sich über Jahrzehnte die neoliberale Wirtschaftstheorie und die daraus abgeleitete Navigationskarte als das dominante Meinungssystem verankert (noch nie in der Geschichte der vergangenen 250 Jahre hat ein Weltbild so lange und so unangefochten dominiert): „Ist ein ausgebaut, geschlossenes Meinungssystem, das aus vielen Einzelheiten und Beziehungen besteht, einmal geformt, so beharrt es beständig gegenüber allem Widersprechendem [...]. Nicht um bloße Trägheit handelt es sich oder Vorsicht vor Neuerungen, sondern um eine aktive Vorgangsweise, die in einige Grade zerfällt:

1. Ein Widerspruch gegen das System scheint undenkbar.
2. Was in das System nicht hineinpasst, bleibt ungesehen, oder
3. es wird verschwiegen, auch wenn es bekannt ist, oder
4. es wird mit großer Kraftanstrengung dem Systeme nicht widersprechend erklärt.“<sup>8</sup>

Die Lesenden dieses Artikels mögen selbst die Relevanz dieser Überlegungen für die oben skizzierte und vom Mainstream total abweichende Erklärung des Wegs in die große Krise der Gegenwart beurteilen.

Wegen der realitätsverändernden Kraft ökonomischer Theorien erfordert die Entwicklung von Neuem (und damit das viel schwierigere Verlernen des Alten) von Ökonomen auch eine andere Haltung zur Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft als jene der neoliberalen „master minds“. Während die (neoklassischen) Gleichgewichtsökonomischen Modelle einer Wirtschaft, wie sie sein könnte, entwerfen und die Annahmen spezifizieren, unter denen das Modell logisch konsistent wäre, müsste eine Wirtschaftswissenschaft, welche die Bedingungen für „gut Leben“ herausarbeitet, zunächst nach einer empirischen Fundierung ihrer Annahmen streben. Sie müsste sich daher als Wissenschaft vom ökonomischen Verhalten von real existierenden Menschen – statt eines konstruierten „homo oeconomicus“ – begreifen.

Für einen solchen Paradigmenwechsel ist die Krise noch nicht schwer genug, zumal nicht den Ökonomen das Wasser bis zum Hals steht, sondern anderen.

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Milton Friedman, The Case for Flexible Exchange Rates. In: Ders., Essays in Positive Economics, Chicago 1953.
- <sup>2</sup> Eugene F. Fama, Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work. In: *The Journal of Finance*, Vol. 25, 1970, No. 2.
- <sup>3</sup> Milton Friedman, The Role of Monetary Policy. In: *American Economic Review*, Vol. 58, 1968, No. 1, 1-17.
- <sup>4</sup> Stephan Schulmeister, Zehn Etappen zum Abgrund. Massenarbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum und alle Regierungen auf striktem Sparkurs – droht eine neue Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren? In: *Die Zeit*, Nr. 45, vom 1. November 1996.
- <sup>5</sup> Meine Interpretation der großen Krise besteht darin, dass diese die abschließende Phase des Prozesses der Selbstzerstörung der finanzkapitalistischen Spielanordnung darstellt. Eine umfassende Darstellung der beiden Spielanordnungen „Realkapitalismus“ (diese dominierte in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit) und „Finanzkapitalismus“ (das System der vergangenen 40 Jahre) findet sich in: Stephan Schulmeister, Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei „Spielanordnungen“ und zwei Phasen des „langen Zyklus“. In: Jürgen Kromphardt (Hrsg.), Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen (= Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 7), Marburg 2013.
- <sup>6</sup> Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Frankfurt a. Main 1980 [1935], 40.
- <sup>7</sup> Thomas S. Kuhn übernahm diesen Grundgedanken von Fleck, adaptierte ihn geringfügig und prägte für die wissenschaftlichen Weltanschauung – „Meinungssystem“ bei Fleck – den Begriff „Paradigma“. Kuhn verwendete in seinem 1962 erschienenen Buch „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ noch eine Vielzahl anderer Überlegungen von Fleck, insbesondere über die Verfestigung eines Paradigmas in Perioden einer „normalen Wissenschaft“. Allerdings unterließ es Kuhn, durch entsprechende Zitate im Text seines Buches zu dokumentieren, welche Gedanken er von Fleck übernahm, sondern er begnügte sich mit einer pauschalen Danksagung in der Einleitung. Dieses problematische Vorgehen wurde dadurch erleichtert, dass Flecks Monographie nicht wahrgenommen worden war, schließlich war er Jude und der Zeitpunkt der Publikation (1935 bei einem Schweizer Verlag) war denkbar ungünstig. Durch Zufall entdeckte Kuhn Flecks Buch Anfang der 1950er-Jahre in der Bibliothek der Harvard-Universität.
- <sup>8</sup> Fleck, Entstehung und Entwicklung, a.a.O., 40.



Christian H. Stifter/  
Wilhelm Filla (Hrsg.)

## PLÄDOYER FÜR EINE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ERWACHSENENBILDUNG

Festschrift für Hans Altenhuber

304 Seiten, fest geb. mit zahlr. s/w-Abb.,  
€ 29,90, ISBN 978-3-7065-5336-0

*Wichtige Diskussionsbeiträge zur Entwicklung der Erwachsenenbildung in Österreich – zu Ehren eines ihrer wesentlichen Protagonisten*

Dieses Buch ist Hans Altenhuber, dem Nestor der österreichischen Erwachsenenbildung, gewidmet, der über Jahrzehnte deren Entwicklung geprägt hat – als junger Volkshochschulkursleiter und Pädagogischer Referent ebenso wie dann später als Ministerialbeamter und schließlich als Sektionschef im Unterrichtsministerium.

Für diese Festschrift haben die Herausgeber Beiträge zahlreicher Freunde, Wegbegleiter/innen, Mitarbeiter/innen, Kolleg/innen und Diskussionspartner/innen von Hans Altenhuber aus dem Bereich der Erwachsenenbildung versammelt, die ihn aus großer und zumeist jahrzehntelanger Verbundenheit mit inhaltlichen Beiträgen oder persönlichen Erinnerungen würdigen. Trotz ihrer großen Vielfalt und der thematischen Breite fügen sich die Arbeiten der insgesamt 36 Autorinnen und Autoren zu einer im weiten Sinne „gesellschaftspolitisch“ verstandenen Erwachsenenbildung in Verbindung mit den zahlreichen persönlichen Facetten des Jubilars zu einer eindrucksvollen Einheit. Abgerundet wird der vorliegende Band durch ein umfangreiches Werk-, Aktivitäten- und Publikationsverzeichnis, das einen umfassenden Überblick über den Erwachsenenbildner Hans Altenhuber bietet.

Die Fachartikel spannen einen weiten thematischen Bogen, angefangen bei der gesellschaftlichen Bedeutung von Alterswissen, der Entwicklung emanzipatorischer Frauenbildung, über Fragen von Bildungschancen, aktueller Politischer Bildung und deren Herausforderungen bis hin zur Diskussion von Community Education, kooperativer EB-Steuerungsprozesse und der Analyse nationaler und europäischer Qualifikationsrahmen. Historische Rückblicke sowie erinnerungsgeschichtliche Beiträge und Würdigungen runden den Band ab.

[www.studienverlag.at](http://www.studienverlag.at)